

Frischlucht für den Bürgerstaat

Eine neue Studie zeigt, wie junge Erwachsene für die Milizpolitik begeistert werden können

Das politische System der Schweiz lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Doch die Rekrutierung von Freiwilligen gestaltet sich immer schwieriger. Das soll sich ändern.

MARC TRIBELHORN

Das Milizsystem gilt als einer der Erfolgsgegaranten der Schweiz: Laien bringen freiwillig ihre beruflichen Erfahrungen und Kompetenzen zum Wohl des Staates ein. Das ist nicht nur bürgernah, sondern auch kostengünstig. Für den ETH-Rektor, Germanisten und Generalstabsoberschlachten Karl Schmid war es geradezu das Wesensmerkmal des Landes. Er schwärmte Anfang der 1970er Jahre von der «schweizerischen Unfähigkeit, vom Staat zu sagen, er habe für uns zu sorgen, wir aber nicht für ihn». Doch diese Zeiten sind längst passé. Zwar bekennt sich auch heute noch die grosse Mehrheit der Bevölkerung zum Bürgerstaat, aber immer weniger wollen sich engagieren. Mittlerweile bekundet jede zweite der 2212 Gemeinden Probleme, ihre Ämter zu besetzen. Die Gründe sind bekannt: erhöhte Ansprüche in Beruf und Freizeit, Kompetenzverlagerung in Richtung Bund und Kantone, steigende Mobilität und fehlende Identifikation mit dem Wohnort, wenig Wertschätzung. Manch ein Gemeindepräsident vergleicht seine Funktion mit einer Strassenlaterne: «Du musst immer gerade stehen, oben leuchten, und unten darf dich jeder anpinkeln.»

Junge nicht abgeneigt

Dass gegen diese Degenerationserscheinungen etwas getan werden muss, ist erkannt. Vor vier Jahren lancierte der liberale Think-Tank Avenir Suisse die Idee eines obligatorischen «Bürgerdienstes für alle». Doch die originell-provokative Forderung verpuffte. Nun hat sich der Schweizerische Gemeindeverband des Themas angenommen und 2019 zum «Jahr der Milizarbeit» erkoren. In diesen Kontext gehört auch eine neue Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur, die das politische Engagement von jungen Erwachsenen in Gemeindeexekutiven untersucht und daraus Reformvorschläge abgeleitet hat. Dafür



Heute ist an Gemeindeversammlungen die jüngere Generation kaum vertreten.

GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

wurde eine repräsentative Umfrage bei rund tausend 25- bis 35-Jährigen sowie 600 Gemeinden durchgeführt. Wenig überraschend ist, dass über zwei Drittel der befragten Kommunen erhebliche Schwierigkeiten haben, Junge zu rekrutieren. Diese sind zudem stark untervertreten: Hochgerechnet übt nur gerade ein Promille der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer zwischen 25 und 35 Jahren ein Amt in einer Gemeinde aus. Erstaunlich ist indes, dass sich die Jungen – Kulturpessimisten zum Trotz – sehr wohl für die Res publica interessieren und sich vorstellen können, in der Gemeindepolitik mitzuwirken, um «etwas zu bewegen». Laut der Studie beträgt ihr Rekrutierungspotenzial rund 20 Prozent. Die Personalsorgen der Gemeinden würden folglich um einiges kleiner, wenn es gelänge, dieses Segment besser anzusprechen und einzubinden. Die Studie konstatiert in diesem Bereich einen «blinden Fleck» der Gemeinden.

Bereits der Kandidatur- und Wahlprozess sei den Jungen kaum bekannt, eine «zielgruppenorientierte Kommunikation» also unerlässlich – etwa mit Jugendsessionen, attraktiveren Gemeindeversammlungen, Mitwirkungsstagen oder Social Media.

Werkzeugkasten im Internet

Doch mit besserer Kommunikation allein ist es nicht getan. Die Hürden zur Übernahme eines Amtes sind hoch: Gerade junge Erwachsene fragen sich, ob sie einer solchen Aufgabe gewachsen sind und sich der Aufwand bewältigen lässt. Die Studie, die Curdin Derungs, Professor für Public Management an der HTW Chur, verantwortet hat, präsentiert denn auch eine breite Palette von Reformvorschlägen. So sollen schlankere Sitzungen und Arbeitsprozesse, der Einsatz moderner Kommunikationsformen wie Skype oder alternative Ge-

meinführungsmodelle (zum Beispiel mit Geschäftsleitungen, die aus Kadermitarbeitern der Verwaltung bestehen) die zeitliche Beanspruchung reduzieren.

Aus den empirischen Befunden der Studie sind insgesamt über 80 Massnahmen abgeleitet worden, um junge Erwachsene einfacher für ein politisches Engagement zu bewegen. Sie reichen von monetären Anreizen und Mentoring-Programmen bis zu dem Erwerb eines Fähigkeitszeugnisses oder der Aufnahme der Wohnsitzpflicht. Dieser Werkzeugkasten mit Angaben zu Wirksamkeit und Ressourcenbedarf sowie Praxisbeispielen findet sich auf der Online-Plattform www.promo35.ch. Sie richtet sich vor allem an Gemeindeexekutiven und -verwaltungen sowie Vertreter von Lokalparteien. Viele Massnahmen taugen ausserdem dazu, auch andere Bevölkerungsgruppen für die Milizpolitik zu gewinnen – zum Beispiel die über 65-Jährigen.

HERAUSGEGRIFFEN

Die CVP entdeckt das E-Collecting

Lukas Mäder, Bern · Erfolg weckt Begehrlichkeiten. Und Erfolg kann der Zürcher Campaigner Daniel Graf vorweisen. Seine Online-Plattform Wecollect spielt heute bei vielen Unterschriftensammlungen eine wichtige Rolle. Zurzeit beispielsweise bei der Volksinitiative für ein E-Voting-Moratorium oder bei der Initiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer. Grafs Schlüssel zum Erfolg sind die über 50 000 Nutzer, die sich bei Wecollect registriert haben. Sie lassen sich für neue Kampagnen anschreiben – unabhängig von der Organisation hinter dem Volksbegehren.

Diese Art der Unterschriftensammlung hat auch die CVP angelockt. Sie wollte ihre Gesundheitskosten-Initiative, die sie im Oktober lanciert hatte, auf Wecollect anpreisen. Doch Daniel Graf lehnte ab, wie die Zeitungen von CH-Media schreiben. Denn Wecollect steht nicht allen offen. Das Anliegen der CVP sei zu wenig klar formuliert, eine Wundertüte, findet Graf. Zudem bemängelt er die fehlende Unterstützung durch Gesundheits- und Patientenorganisationen. Zuvor hatte er bereits die Volksinitiative «Zuerst Arbeit für Inländer» für einen radikalen Inländervorrang abgelehnt.

Bei der CVP sorgt die Zurückweisung für Unmut. Auf Wecollect gebe es nur Platz für linke Anliegen, kritisierte etwa die CVP-Nationalrätin Andrea Gmür auf Twitter. Ähnlich äusserte sich der Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. Graf vertritt in der Tat politische linke Positionen, war früher bei der Grünen Partei Zürich oder bei der Medien-

So bleibt unklar, wofür eine Partei mit 100 000 Mitgliedern bei der Unterschriftensammlung überhaupt die Hilfe von Wecollect braucht.

gewerkschaft Comedia tätig. Er steht denn auch dazu, dass Wecollect nicht jedes beliebige Anliegen unterstützt. Doch bei der CVP-Initiative teilt er nach eigenen Aussagen die Stossrichtung.

Die Ansprüche der CVP erstaunen – unabhängig von Grafs politischen Präferenzen. Ursprünglich eher ein Instrument der politischen Minderheiten, werden Volksinitiativen heute gerne auch von Bundesratsparteien zu Wahlkampfzwecken benutzt. So auch bei der gegenwärtigen Gesundheitskosten-Initiative der CVP: Im Initiativkomitee sitzen ausschliesslich Bundesparlamentarier der Partei und zwei Mitglieder des nationalen Präsidiums. So bleibt denn auch unklar, wofür eine Partei mit 100 000 Mitgliedern bei der Unterschriftensammlung überhaupt die Hilfe von Wecollect braucht – ausser sie möchte über die Parteigrenzen hinweg Sympathisanten gewinnen.

Was Wecollect heute bietet, ist nur eine Handvoll Funktionen, die technisch keineswegs komplex sind. Interessierte können sich online zur Unterstützung eines Anliegens verpflichten, sie können Geld spenden und sich einen vorausgefüllten und vorfrankierten Unterschriftenbogen zuschicken lassen. Der Rest muss weiterhin analog passieren.

Damit bietet Wecollect erst einen Vorgeschmack auf die Möglichkeiten von E-Collecting, also dem vollständig digitalisierten Unterschriftensammeln, das heute nicht zulässig ist. Daniel Graf gehört zu den Fürsprechern von E-Collecting – ganz im Unterschied zum Bundesrat, der dem umstrittenen E-Voting Vorrang einräumt. Federführend in dieser Priorisierung ist die Bundeskanzlei. Ihr Chef ist Walter Thurnherr von der CVP. Vielleicht sollte die Parteileitung bei ihm vorsprechen.

Beim Kampfjet könnte Amherd ihrer Partei folgen

Die neue Verteidigungsministerin strebt einen Richtungsentscheid an, wie ihn die CVP vorschlägt

Die VBS-Vorsteherin muss schon bald sagen, wie es mit dem grössten Beschaffungsprojekt der letzten Jahre weitergehen soll. Die politische Ausgangslage ist schwierig und der Zeitplan knapp.

MICHAEL SURBER

Kaum im Amt, ist von Viola Amherd (cyp.) schon ihr erstes politisches Meisterstück gefragt. Auf dem Scherbenhaufen des Planungsbeschlusses von VBS-Vorgänger Guy Parmelin (svp.) muss die Walliserin mit Vorteil noch bis Ende Monat aufzeigen, wie die Beschaffung neuer Luftverteidigungsmittel vorstatten gehen soll. So viel ist jetzt schon klar: Die Ausgangslage ist schwierig, und die Zeit drängt. Offiziell sieht der Fahrplan des VBS noch immer vor, dass eine allfällige Referendumsabstimmung über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und einer neuen Boden-Luft-Abwehr (Bodluf) spätestens im Frühling 2020 stattfinden sollte. Damit dies klappt, müsste das Geschäft noch dieses Jahr im Parlament verhandelt werden, was wiederum bedingt, dass der Bundesrat es schon bald zuhanden des Parlaments verabschiedet.

Ob sich Amherd an den bisherigen Fahrplan halten wird und vor allem ob sie inhaltlich die bisherige VBS-Linie beibehält, ist fraglich. Es ist nicht auszuschliessen, dass sie letztlich auf den CVP-Kurs einschwenken und damit das Geschäft des Vorgängers Parmelin nochmals aufschüren wird. Denn der ursprüngliche Planungsbeschluss von Parmelin dürfte Geschichte sein. Zu fundamental und zahlreich war die Kritik der Bundeshausparteien in der Vernehmlassung.

Es wird noch immer analysiert

Strenggenommen waren nur gerade die BDP und die GLP auf Parmelin-Linie. Seine eigene Partei, die SVP, unterstützte zwar das Vorgehen über den Planungsbeschluss, forderte gleichzeitig aber eine Erhöhung des finanziellen Rahmens von 8 auf 9 Milliarden Franken. Diese Abweichung in Milliarden-Franken-Höhe ist mit Blick auf die Differenzen zu den anderen Parteipositionen jedoch harmlos. So will die FDP beispielsweise nichts von einem Planungsbeschluss wissen und damit auch nichts von einer möglichen Referendumsabstimmung. Vielmehr soll der Kauf über das Standardverfahren für Rüstungsbeschaffungen, das heisst ohne die Möglichkeit eines Referendums, ab-

gewickelt werden. Die Sozialdemokraten sprechen sich zwar für das Vorgehen über einen Planungsbeschluss aus. Sie haben jedoch abweichende Vorstellungen von dessen Inhalt und dem finanziellen Umfang: 4 Milliarden Franken würden ihnen reichen. Die Grünen halten schliesslich nichts von einem Planungsbeschluss und möchten wie bei der gescheiterten Gripen-Beschaffung die Finanzierung über eine referendumsfähige Fonds-Vorlage abwickeln.

Eine gute Ausgangslage für eine stabile Mehrheit im Parlament ist dies definitiv nicht. Parmelin beurteilte die Lage noch als Verteidigungsminister weniger pessimistisch. Spätestens als der Ständerat Anfang Dezember als Zweitrat eine BDP-Motion annahm, welche den Bundesrat aufforderte, dem Stimmvolk «raschestmöglich die Grundsatzfrage der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu stellen», sah sich Parmelin in seinem Vorgehen bestätigt. Eine gewagte Einschätzung, die nicht überall in Bern geteilt wurde.

Politische Schnittmenge gesucht

Offensichtlich auch nicht von Amherd, die bereits kurz nach Amtsantritt durchblicken liess, dass sie nicht einfach nach dem Marschplan ihres Vorgängers wei-

termachen will, sondern sämtliche Optionen eingehend prüfen und danach über den Zeitplan und den Inhalt der Beschaffung entscheiden werde. Auf Nachfrage, ob der ursprüngliche Zeitplan noch immer gelte, gibt sich das VBS noch zugeknöpft: «Bundesrätin Viola Amherd analysiert zurzeit das Dossier und wird dann einen Richtungsentscheid fällen.»

Amherd könnte nach der Analyse durchaus auf die CVP-Linie einschwenken. Dies nicht wegen ihres Parteibuchs, sondern vielmehr darum, weil die CVP in der Vernehmlassung einen möglichen Mittelweg zwischen den gegenläufigen Präferenzen der Parteien aufzeigt. So möchte die CVP die Bodluf-Beschaffung aus dem Planungsbeschluss ausklammern und über den normalen Weg ohne eine Referendumsmöglichkeit abwickeln. Hier gäbe es eine Überschneidung mit der FDP. Für die Freisinnigen wurde die Bodluf «ohne Not auf Gedeih und Verderben mit der emotionalisierten Flugzeugdebatte» verbunden. Vor allem aber ist die CVP-Variante kompatibel mit der besagten BDP-Motion, welche zwar explizit eine Abstimmung über die Kampfjets fordert, sich gleichzeitig jedoch über die Bodluf ausschweigt. Ein Aufschüren des Geschäftes in zwei separate Beschaffungen liesse die Motion demnach zu.